



# SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2018

# Beschlüsse

## Beschlussübersicht

Kap.	Nr.		Antragsteller
I	1	Es reicht! Herz statt Hetze – kein Fußbreit den Faschist*innen!	Bezirksvorstand
PE	1	Inhaltliche Erneuerung der Partei	UB Kassel-Stadt
PE	3	Unterschied zur Union in Koalition verdeutlichen	UB Waldeck-Fkb.
LR	1	Ländlichen Raum nicht drastisch benachteiligen	UB Hersf.-Rotenb.
LR	2	Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum	AG 60 plus
V	1	Landesstraßennetz bedarf der dringenden Sanierung!	UB Hersf.-Rotenb.
V	2	Erhalt der Anschlussstelle Kassel-Ost	UB Kassel-Stadt
V	3	PKW-Maut	UB Hersf.-Rotenb.
V	4	Maut für Fernverkehrslinienbusse	UB Hersf.-Rotenb.
V	5	Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Autoindustrie	AG 60 plus
V	6	Keine Beteiligung von privaten Investoren am Bau und Betrieb von Autobahnen und Fernstraßen	AG 60 plus
IR	1	Behördengänge digital erledigen	Jusos
IR	2	Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	UB Kassel-Land
IR	3	CDU für Straßenbeitragschaos verantwortlich.	UB Hersf.-Rotenb.
IR	4	Feststellung des Katastrophenfalles	UB Waldeck-Fkb.
IR	5	Gegen die Zentralisierung von Leitstellen	UB Waldeck-Fkb.
IR	6	Unisextoiletten im ganzen Landesgebiet	AG SPDqueer
IR	8	Änderung des Artikel 39 Grundgesetz	UB Kassel-Land
IR	9	Reform der parlamentarischen Kontrollkommission	ASJ
IR	10	Konnexitätsprinzip auch für die Bundesebene	UB Hersf.-Rotenb.
IR	12	Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler	UB Kassel-Stadt
IR	13	Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreiskontrolle	Jusos
IR	14	Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität	Jusos
IR	16	Werbeverbot für Tabakaußenwerbung	AG60 plus
SG	3	Versicherungsfremde Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	AG 60 plus.
SG	5	Finanzsituation der Krankenhäuser	UB Kassel-Stadt
SG	7	Beseitigung von Mangelernährung in der onkologischen Versorgung	ASG
SG	8	Stärkung der häuslichen Therapie	ASG
WBA	2	Staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen	UB Kassel-Stadt
WBA	3	Fachkräftemangel?! Arbeitsbedingungen verbessern!	Jusos
WBA	4	Mindestlohn auch in Werkstätten für behinderte Menschen	UB Waldeck-Fkb.
WBA	5	Allen in Deutschland lebenden Menschen Arbeit erlauben	UB Waldeck-Fkb.
WBA	6	Ausbildung von Nachwuchskräften für die Agrarverwaltung	UB Waldeck-Fkb.
JBK	2	Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken	Jusos
JBK	3	Finanzbildung für alle	Jusos
JBK	4	Schulbücher mit zeitgemäßen Strukturen	AG SPDqueer

EnU	1	Umstellung Landwirtschaftssubvention durch die EU auf Punktesystem	UB Waldeck-Fkb.
EnU	5	Saatgut ist Kulturgut –überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr	Jusos
EnU	8	Gewässerschutz	OV Philipp./Warteb.
EnU	9	Mikroplastik	Jusos
EnU	10	Plastikmüll	OV Philipp./Warteb.
EnU	12	Nein zum staatlichen Tierwohllabel	UB Kassel-Stadt
EnU	13	Keine (Wild)tiere im Zirkus	UB Kassel-Stadt Jusos

St	1	Reform der Umsatzsteuer	AG 60 plus
St	2	Reform der Kapitalertragssteuer	AG 60 plus

O	1	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Landesvorstand	UB Fulda
O	2	Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD-Parteivorstand	UB Fulda
O	4	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	UB Kassel-Stadt
O	5	Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis	Jusos
O	6	Beschlüsse ernstnehmen	UB Kassel-Stadt

### Kapitel-Abkürzungen

I	Initiativantrag
PE	Parteierneruerung
LR	Ländlicher Raum
V	Verkehrspolitik
IR	Innen- und Rechtspolitik
SG	Soziales und Gesundheit
WBA	Wirtschaft, Beschäftigung und Ausbildung
JBK	Jugend, Bildung, Kultur
EnU	Energie und Umwelt
St	Steuerpolitik
O	Organisationspolitik

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Initiativantrag: 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand/ Ausreichende Anzahl an Delegierten

Adressat:

Betr.: Es reicht! Herz statt Hetze – kein Fußbreit den  
Faschist\*innen!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die SPD Hessen-Nord verurteilt die rassistischen Ausschreitungen der letzten Tage in
- 2 Chemnitz. Ärger und Trauer um ein Opfer einer Gewalttat legitimieren keine Selbstjustiz.
- 3 Pogromartigen rassistischen Übergriffen muss der Rechtsstaat mit allen zur Verfügung
- 4 stehenden Mitteln entschieden entgegentreten.
- 5
- 6 Es ist alleinige Aufgabe des Rechtsstaats Straftäter\*innen zu verfolgen, einem fairen Verfahren
- 7 zuzuführen und in Einklang mit geltendem Recht ggf. zu verurteilen. Selbstjustiz, öffentliche
- 8 Aufrufe zu Gewalt und Hass haben in einem demokratischen Rechtsstaat keinen Platz.
- 9
- 10 Dass Pegida, Pro-Chemnitz, NPD, AfD und andere an dieser Stelle gemeinsam auftreten, um
- 11 Hass und Vorurteile zu verbreiten und zu Gewalt anzustacheln zeigt welches Geistes Kind sie
- 12 sind. Die SPD steht gemeinsam mit der breiten Mehrheit der Bevölkerung gegen Rassismus.
- 13 Für uns gilt immer und überall: kein Fußbreit den Faschist\*innen!
- 14
- 15 Die SPD Hessen-Nord solidarisiert sich mit der heute in Chemnitz stattfindenden Veranstaltung
- 16 „Es reicht! Herz statt Hetze“, an der sich auch Parteimitglieder aus Nord- und Mittelhessen
- 17 beteiligen. Es ist an der Zeit in breiten gesellschaftlichen Bündnissen für Aufklärung von
- 18 Menschen, das Abbauen von Vorurteilen und das Gestalten eines friedlichen Zusammenlebens
- 19 ein- und rassistischem Gedankengut entschieden entgegen zu treten.
- 20
- 21
- 22
- 23

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: PE 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Betr.: Inhaltliche Erneuerung der Partei

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord begrüßt den im Parteivorstandsbeschluss vom 9. April 2018  
3 skizzierten Prozess zur Erneuerung der SPD. Wir begrüßen insbesondere die Anstrengungen  
4 zur inhaltlichen Erneuerung, die sich in der Bildung von vier Lenkungsgruppen zu den Themen  
5  
6 - Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert  
7 - Die Zukunft der Arbeit  
8 - Ein bürgerfreundlicher Staat, der Schutz und soziale Teilhabe ermöglicht  
9 - Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt
- 10 widerspiegelt.
- 11  
12 Wir fordern den Bezirksvorstand der nordhessischen SPD auf, sich in den Lenkungsgruppen  
13 personell zu beteiligen und zu prüfen, ob der SPD-Bezirk Hessen-Nord eine  
14 Themenpatenschaft für eines der vier Themenfelder übernehmen soll. Parallel hierzu fordern  
15 wir den SPD-Bezirk Hessen-Nord dazu auf, auf Bezirksebene gleichlautende Lenkungsgruppen  
16 zu bilden, die die Arbeit an der inhaltlichen Erneuerung der Partei im Bezirk und auf  
17 Bundesebene koordinieren und vorbereiten.
- 18  
19 Zugleich fordern wir den Unterbezirksvorstand auf, im örtlichen Erneuerungsprozess – neben  
20 der bereits stattfindenden Organisationsentwicklung und Reform der örtlichen Parteistrukturen –  
21 durch die Gründung von vier Arbeitsgruppen zu den oben genannten Themenfeldern den  
22 inhaltlichen Erneuerungsprozess ebenfalls stärker in den Fokus zu nehmen. Die  
23 Arbeitsergebnisse sollen in die Lenkungsgruppen des Bezirkes einfließen und so den  
24 Erneuerungsprozess auf Bundesebene stärken.
- 25  
26 Neben den vom Parteivorstand ausgegebenen Leitfragen sollen auf örtlicher Ebene zugleich  
27 folgende Fragen in den Arbeitsgruppen beraten werden:  
28
- 29 - Wie kann die Globalisierung so gestaltet werden, dass alle Menschen davon profitieren?  
30 - Welchen Beitrag kann und muss der Staat zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in  
31 Deutschland leisten?  
32 - Welchen Beitrag muss die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit zum Erhalt einer  
33 lebenswerten Umwelt und zum Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele leisten?

- 34 - Welche konkreten Vorstellungen hat die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu einer  
35 gerechteren Gesellschaft in den verschiedenen Politikfeldern (z.B. Bildung, Arbeit, Rente,  
36 Pflege, Steuern)?
- 37 - Welche Antworten hat die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit für die vielen  
38 Menschen, die vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht sind und/oder sich von den  
39 politischen Akteuren nicht mehr wahrgenommen fühlen?
- 40 - Welche Vorstellungen hat die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu einem geeinten  
41 Europa, dessen Zusammenhalt nicht nur wirtschaftlich und monetär, sondern vor allem  
42 sozial definiert ist?
- 43 - Wie stellt sich die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit die Reaktivierung der  
44 Sozialistischen Internationale vor, um der weltweiten Macht der Konzerne eine weltweite  
45 Macht der Solidarität entgegenzusetzen?
- 46 - Wie kann die SPD die Partei der sozialen Gerechtigkeit wieder stärker ihrer früheren Rolle  
47 als Partei des Friedens gerecht werden?  
48
- 49 Abschließend fordern wir den SPD-Parteivorstand auf, die Ergebnisse aus dem skizzierten  
50 Prozess zur inhaltlichen Erneuerung als Ausgangspunkt für eine Debatte um ein neues  
51 Grundsatzprogramm der SPD zu nutzen. Den SPD-Bezirksvorstand bitten wir um Unterstützung  
52 für unsere Forderung nach einem erneuerten Grundsatzprogramm der SPD für das 21.  
53 Jahrhundert.  
54  
55  
56  
57

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: PE 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Minister der Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Unterschied zur Union in Koalition verdeutlichen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Minister in der Bundesregierung sollen auch in der
- 3 Großen Koalition immer wieder deutlich machen, wofür die SPD im Unterschied zur Union steht.
- 4 In Punkten, die im Koalitionsvertrag nicht durchgesetzt werden konnten, muss auch in den
- 5 nächsten Jahren immer wieder gesagt werden, wofür die SPD eigentlich steht und was sie
- 6 verwirklichen würde, wenn sie nicht die CDU als Koalitionspartner hätte.
- 7
- 8
- 9 **Begründung:**
- 10
- 11 Einer der Gründe für das schlechte Ergebnis bei der Bundestagswahl im September 2017 war,
- 12 dass die Wählerinnen und Wähler nicht mehr gewusst haben, wie sich SPD und Union
- 13 voneinander unterscheiden. Die SPD-Abgeordneten im Bundestag haben jeden
- 14 Regierungskompromiss als positiv dargestellt. Das darf nicht mehr passieren.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: LR 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ländlichen Raum nicht drastisch benachteiligen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bezirksparteitag hält die Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch CDU-
- 3 geführte Landesregierungen für systematisch. Der SPD-Bezirksparteitag hält an dem Ziel
- 4 gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land fest.
- 5
- 6
- 7 Begründung
- 8
- 9 Der SPD-Bezirksparteitag sieht in dem CDU-Ansatz, die Lebensbedingungen im Ländlichen
- 10 Raum mit einem Mittelansatz von 30% und den Ballungsraum mit einem von 70% zu
- 11 unterstützen als fragwürdig an. Und dies bei ungefährrer Gleichverteilung der Bevölkerung
- 12 Hessens zwischen „Stadt und Land“. Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt daher die im SPD-
- 13 Landtagswahlprogramm beispielsweise angeführten Programme die Kitas zu fast zwei Drittel
- 14 bezuschussen und die Gebühren abschaffen zu wollen. Oder aber einen gut 200 Millionen Euro
- 15 schweren kommunalen Infrastrukturfonds schaffen zu wollen, von dem im Straßenbau der
- 16 Ländliche Raum profitiert.
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: LR 2

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen für die  
3 Schaffung ärztlicher Versorgungszentren für Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum zu  
4 verbessern.  
5 Kompensierte Arztpraxen (wie zum Beispiel in Mittelhessen) mit einer guten Verkehrsanbindung  
6 sollen dabei gefördert werden. Vorrangig sollen so jungen Ärzten attraktive Bedingungen im  
7 ländlichen Regionen geboten werden.  
8 Derartige Einrichtungen sind an oder im Umfeld kommunaler bzw. kommunalgetragener  
9 Krankenhäuser besonders zu fördern, da dies kurze Wege in der Gesundheitsversorgung auf  
10 dem Land bedeutet. Überdies sind bei einer Angliederung an ein Krankenhaus für alle Seiten  
11 nützliche Synergien zu erwarten.  
12 Dazu brauchen die kommunalen Gebietskörperschaften rechtliche Gestaltungs- und  
13 Beteiligungsmöglichkeiten, um mit allen Beteiligten entsprechende Ärztezentren zu  
14 verwirklichen.  
15 Ferner sind die bisherigen Regeln zur Ärzteversorgung unter Einbeziehung der kommunalen  
16 Gebietskörperschaften zu überarbeiten und vor allen den Bedürfnissen kleinerer Gemeinden  
17 und Mittelzentren anzupassen.  
18  
19  
20 Begründung:  
21  
22 Die Hausärztliche Versorgung – im Besonderen in dem dörflich geprägten Nordhessen – ist  
23 schon heute völlig unzureichend und lässt, überschaubar für die kommenden fünf Jahre - noch  
24 eine Verschärfung erwarten. Um einen Hausarzt zu finden, müssen Wege von mehr als 20 km  
25 auch ohne Möglichkeit des Nahverkehrs in Kauf genommen werden.  
26 Bewährt haben sich kompensierte Arztpraxen – wie im Mittelhessischen Raum - die,  
27 angebunden an gute öffentliche Verkehrsverbindungen, eine gute ärztliche Versorgung  
28 aufweisen, da sie weitgehend auch den Bedürfnissen entsprechen.  
29 So plant die Gesundheit Holding Nordhessen (GNH), an der der Landkreis Kassel beteiligt ist,  
30 ein neues Krankenhaus in der Stadt Hofgeismar. Das Vorhaben ist in der Ausführungsplanung.  
31 Hier wäre es möglich, mit allen Beteiligten, wie der kassenärztlichen Vereinigung, dem  
32 Landkreis Kassel und der Landesregierung, ein Ärzte-Zentrum anzugliedern, das bei  
33 zeitgemäßer Vertragsgestaltung einen Anreiz für junge Ärzte bieten kann.  
34  
35

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: V 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Landesstraßennetz bedarf der dringenden Sanierung!

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt nachdrücklich die Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, die  
3 Mittel für den Landesstraßenbau aufzustocken. Der SPD-Bezirksparteitag hält als eine  
4 Schwerpunktsetzung die „Infrastruktur“ im Landtagswahlprogrammwurf für zielführend. Der  
5 SPD-Bezirksparteitag sieht in der systematischen Vernachlässigung der Infrastruktur durch fast  
6 zwanzig Jahre CDU-geführte Landesregierungen einen wesentlichen Grund für den Zustand  
7 des Landesstraßennetzes.  
8  
9  
10 Begründung:  
11  
12 Zwischen 40 und 45 Prozent der Landesstraßen sind in einem schlechten oder sehr schlechten  
13 Zustand. Der Geschäftsbericht (die Bilanz) des Landes Hessen weist einen jährlich  
14 notwendigen Mitteleinsatz von gut 140 Millionen Euro für den Landesstraßenbau aus. Das Land  
15 Hessen investiert in neue Landesstraßen keinen Cent. Für die grundhaften Sanierungen von  
16 Landesstraßen waren zu Beginn der Legislaturperiode 55 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen  
17 (385 Mio. Euro für sieben Jahre). Vor der Wahl sind die Mittel nunmehr auf etwas über 100  
18 Millionen Euro für 2018 angehoben worden. Das sagt alles über das Versagen der CDU in fast  
19 zwanzig Jahren.  
20  
21  
22  
23  
24

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: V 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Landtagsfraktion Hessen

Betr.: Erhalt der Anschlussstelle Kassel-Ost

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die Adressaten werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Anschlussstelle Kassel-
- 2 Ost erhalten bleibt bzw. in unmittelbarer Nähe des neu geplanten Autobahndreiecks Kassel-Ost
- 3 geschaffen wird.
- 4
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7
- 8 Die Anschlussstelle Kassel-Ost hat für die Stadtteile des Kasseler Ostens eine wesentliche
- 9 Verkehrsfunktion. Sie ermöglicht eine Verteilung der Verkehre sowohl über die A7/Dresdener
- 10 Straße bzw. über die Leipziger Straße. Außerdem stellt sie sicher, dass der Schwerverkehr aus
- 11 dem Industriegebiet Papierfabrik und dem östlichen Kassel direkt auf die A7 Richtung Nord
- 12 bzw. Süd auffahren kann.
- 13 Bei einem Wegfall der Anschlussstelle sind die nächsten Möglichkeiten, direkt auf die Autobahn
- 14 aufzufahren nur noch über Kassel-Nord bzw. den neu geplanten Anschluss Kaufungen
- 15 gegeben. Das bedeutet im Einzelnen, dass der Schwerverkehr erst einige Kilometer Richtung
- 16 Osten und dann wieder in umgekehrter Richtung einige Kilometer auf der A44 Richtung Westen
- 17 fahren muss, um dann auf die A7 Richtung Nord oder Süd zu kommen. Tatsächlich wird der
- 18 Schwerverkehr diesen Umweg meiden und durch die Stadtteile des Kasseler Ostens fahren, um
- 19 entweder Kassel-Nord zu erreichen oder aber eine Auffahrt an der A49 (Waldau-
- 20 Industriegebiet) nutzen.
- 21 Der Pendlerverkehr aus Kaufungen und Nieste hat bisher die Möglichkeit, an der AS KS-Ost zu
- 22 entscheiden, ob er über KS-Nord/Dresdener Straße fährt oder über die Leipziger. Ist dieser
- 23 Anschluss weggefallen, bleibt nur die Möglichkeit, über die Leipziger Straße stadteinwärts zu
- 24 fahren. Eine Anschlussstelle Kaufungen, die weiter nach Süden verschwenkt ist und damit
- 25 schlechter erreichbar, werden nur wenige nutzen, weil es einen Umweg darstellt.
- 26 In diesen Wochen ist der Verkehr auf der Leipziger Straße durch Kanalbauarbeiten im Bereich
- 27 zwischen Platz-der-Deutschen-Einheit und Sandershäuser Straße erheblich eingeschränkt, es
- 28 herrscht Einbahnstraßenverkehr. Sofort versuchen die Pendler, über die Heiligenröder Straße
- 29 auf die Dresdener Straße zu kommen. Die Folgen sind eine Überlastung der Dresdener Straße
- 30 und aller Knotenpunkte in diesem Bereich. Das wäre auch die Folge bei einem Wegfall der
- 31 Anschlussstelle KS-Ost.
- 32 Folglich ist die einzige Alternative beim Anschluss der A44 an die A7 einen Anschluss im
- 33 Bereich der jetzigen Anschlussstelle zu bauen, um weitere Verkehrsbelastungen des Kasseler
- 34 Ostens zu vermeiden.
- 35

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: V 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: PKW-Maut

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1  
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord lehnt die Einführung einer PKW-Maut in Deutschland ab. Der  
3 SPD-Bezirksparteitag sieht in der Maut, die nicht nur für Autobahnen, sondern für fast das  
4 gesamte Bundesfernstraßennetz (Bundes-Autobahnen, -Kraftfahrstraßen und -Fernstraßen)  
5 erhoben werden soll, eine deutliche Benachteiligung von Fahrzeughaltern im Inland! Der SPD-  
6 Bezirk Hessen-Nord lehnt eine im Mautgesetz angelegte entfernungsabhängige Maut ab.  
7 Benachteiligt diese doch insbesondere die Verkehrsteilnehmer im Ländlichen Raum!  
8  
9  
10  
11  
12

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: V 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Bundesparteitag, SPD- Bundestagsfraktion

Betr.: Maut auch für Fernverkehrslinienbusse!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Bundesregierung auf, endlich die Subventionierung der
- 3 Fernverkehrslinienbusse zu beenden.
- 4     1. Ist die ab 1. Juli 2018 bislang lediglich von LKWs für das gesamte
- 5        Bundesfernstraßennetz zu bezahlende Maut auch von den
- 6        Fernverkehrslinienreisebussen zu erheben.
- 7     2. Sind die Regelungen, wie sie die Wettbewerber auf der Schiene bei Verspätungen
- 8        einzuhalten haben, auch auf die Fernverkehrslinienreisebusse auszudehnen.
- 9 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Koalition aus CDU, SPD und CSU auf die Fahrgastrechte
- 10 aus dem Eisenbahnverkehr auf diesen Busverkehr zu übertragen, schon aus
- 11 Wettbewerbsgründen.
- 12
- 13
- 14
- 15

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: V 5

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Autoindustrie

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert alle Möglichkeiten zu
- 3 nutzen ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge durch technische Nachrüstung der Fahrzeuge zu
- 4 verhindern. Da die Verbraucher durch betrügerische Manipulationen der Autoindustrie
- 5 getäuscht wurden, sind die Kosten hierfür auch von ihr auch bei den entsprechenden
- 6 Fahrzeugen vollständig zu übernehmen.
- 7
- 8
- 9 **Begründung:**
- 10
- 11 Die Autoindustrie hat Dieselfahrzeuge verkauft, die die im Kaufvertrag zugesicherten
- 12 Eigenschaften nicht erfüllen. Folglich hat sie auch die entsprechenden Kosten einer
- 13 Nachrüstung zu tragen damit, damit die zugesicherten Eigenschaften eingehalten werden.
- 14 Somit darf weder der Verbraucher noch der Steuerzahler durch diese Manipulationen belastet
- 15 werden.
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: V 6

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Keine Beteiligung von privaten Investoren am Bau und Betrieb von Autobahnen und Fernstraßen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert eine mögliche
- 3 Beteiligung privater Kapitalanleger an Bau und Betrieb von Autobahnen und Bundesstraßen,
- 4 die der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen, zu verhindern. Derzeitige ÖPP Projekte sind zu
- 5 stoppen und neue ÖPP-Projekte sollen verhindert werden.
- 6
- 7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Eine Beteiligung privater Kapitalanleger an Autobahnen und Fernstraßen würde der
- 11 Allgemeinheit teuer zu stehen kommen. Private Kapitalanleger versuchen verständlicherweise
- 12 möglichst hohe Renditen zu erzielen. Entsprechende Zinsforderungen und Renditen werden die
- 13 Kosten für die Allgemeinheit unnötig nach oben treiben.
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand,  
SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Behördengänge digital erledigen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Es ist höchste Zeit, eine hessenweite digitale Behörde zu schaffen. Das Land Hessen soll in  
3 Zusammenarbeit mit der ekom21 KGRZ eine Online-Plattform schaffen, die in Verbindung mit  
4 dem digitalen Personalausweis genutzt werden kann. Über diese Plattform soll es dem  
5 Bürger/der Bürgerin möglich sein, online neue Ausweisdokumente zu beantragen, ein  
6 Führungszeugnis anzufordern oder gar einen Bauantrag zu stellen oder den Wohnungsumzug  
7 zu melden. In Zusammenarbeit mit zertifizierten Zustellmethoden, wie z.B. der E-POST, sollen  
8 Rückmeldungen der jeweiligen Behörde papierlos und schnell erfolgen. Die Online-Plattform  
9 soll ein zentrales Instrument werden, auf der alle im Land Hessen ansässigen Behörden auf  
10 unterer und mittlerer Ebene zusammengeführt werden. Dabei sollen auch weiterhin direkte und  
11 persönliche Ansprechmöglichkeiten erhalten bleiben. Es soll den Bürger\*innen weiterhin  
12 möglich sein, Behördengänge persönlich zu erledigen. Die Digitale Behörde in Dänemark soll  
13 hier als Referenzbeispiel dienen. Entsprechende Weiterbildungsprogramme sind vom Land  
14 Hessen zu planen und zu finanzieren. Dabei soll explizit auch auf Datensicherheit belehrt,  
15 gelehrt und hingewiesen werden.  
16  
17  
18  
19  
20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Die SPD setzt sich für die Abschaffung von kommunalen Straßenbeiträgen ein und fordert die  
3 Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus aus allgemeinen Steuermitteln und/oder  
4 entsprechenden Regelungen beim kommunalen Finanzausgleich.  
5  
6

7 Begründung:  
8

- 9 1. Die Erhebung von kommunalen Straßenbeiträgen ist sozial ungerecht, da bei der  
10 derzeitigen Regelung einige wenige (Haus- und Grundstücksbesitzer) mit Kosten  
11 belastet werden, die die Allgemeinheit verursacht. Hierbei spielt es keine Rolle, ob es  
12 sich dabei um einmalige oder wiederkehrende Straßenbeiträge handelt.
- 13 2. Straßen sind Bestandteil der Daseinsvorsorge und müssten somit von der Allgemeinheit  
14 finanziert werden. Dies müsse auch für Anliegerstraßen gelten. Die Finanzierungslast  
15 den Anliegern aufzubürden, führt zu massiven Ungerechtigkeiten.
- 16 3. In Hessen kommt erschwerend hinzu, dass die Erhebung der Beiträge im Ermessen der  
17 Kommunen stehe. Bürger in finanzstarken Kommunen zahlen nicht. Die  
18 finanzschwachen Kommunen in den ländlichen Regionen werden wiederum von der  
19 Kommunalaufsicht gezwungen, solche Beiträge zu erheben. Diese Ungerechtigkeit  
20 muss abgeschafft werden. Die Beiträge führen oft zu sozialen Härten, Kostenbescheide  
21 in fünfstelligem Eurobereich sind keine Seltenheit. Der hessische Landtag muss daher  
22 aufgefordert werden, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, damit die  
23 Grundstückseigentümer zukünftig nicht mehr zur Kasse gebeten werden. Einzelheiten  
24 wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen sollten in  
25 Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet werden
- 26 4. Das Heranziehen von Anliegern zu Straßenausbaubeiträgen entspricht nicht mehr der  
27 Lebenswirklichkeit. Die Nutzung der allermeisten Straßen ist eben nicht nur auf die  
28 Anlieger beschränkt. Straßen werden im Regelfall von der Allgemeinheit genutzt und  
29 bedeuten keinen erheblichen Sondervorteil für die angrenzenden  
30 Grundstückseigentümer, die zudem bereits durch die Erschließungskosten zur  
31 Finanzierung der Straße beigetragen haben.
- 32 5. Die Anlieger einer Straße haben keinen Einfluss auf den Ausbaustandard und müssen  
33 die Kosten, ohne Mitspracherecht, mittragen.
- 34 6. In der Regel ist die Beitragshöhe eine vier- bis fünfstellige Summe. Gerade für Rentner  
35 oder Familien bedeutet dies oftmals, zwar ein Eigenheim zu besitzen, aber mit einer  
36 geringen Rente oder einem niedrigen Familieneinkommen hohe Beiträge leisten zu  
37 müssen.

- 38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81
7. Auch Mieter sind indirekt betroffen. Zwar dürfen Vermieter die Beiträge eigentlich nicht umlegen, aber indirekt werden die Straßenausbaubeiträge in vielen Fällen durch anderweitig begründete Mietsteigerungen weitergereicht.
  8. Die Erhebung der Beiträge hängt davon ab, an welcher Straße ein Grundstück liegt. So müssen bspw. Anlieger von Ortsstraßen und beschränkt-öffentlichen Wegen Beiträge bezahlen, Anlieger von Kreis- oder Bundesstraßen hingegen nicht.
  9. Zudem hängt die Erhebung der Beiträge auch davon ab, in welcher Kommune oder welchem Bundesland man wohnt. Gerade ärmere Kommunen müssen Ihre Bürger stärker zur Kasse bitten, wohingegen finanziell stark aufgestellte Kommunen ganz auf Beiträge verzichten können, mittlerweile aber auch Beiträge erheben können.
  10. Durch die Straßenausbaubeiträge entsteht damit nicht nur ein größeres Gefälle zwischen ärmeren und reicheren Kommunen, sondern auch zwischen den Bürgern der betreffenden Gemeinden. In der Folge führt dies auch zu Wettbewerbsnachteilen zwischen Unternehmen. Der eine Betrieb ist in der Kommune A angesiedelt, die keine Beiträge erheben und der Betrieb B in einer Kommune die diese erhebt. Diese ungerechte und vom finanziellen Status der Kommune abhängige Beitragserhebung kann nicht im Sinne der Bürger, Unternehmen und des Gesetzgebers sein.
  11. Viele Bürger klagen gegen die Beitragserhebung und streiten mit Ihrer Heimatgemeinde. Dies verursacht zum einen hohe zusätzliche Kosten und führt zum anderen zu erheblichem Unfrieden innerhalb einer Gemeinde.
  12. Auch Bürgermeister und Gemeinderäte haben wenig Freude daran, Ihren Bürgern die teils horrenden Kosten aufzuerlegen. Leider werden viele Gemeinden durch die schlechte finanzielle Lage und die fehlende Unterstützung durch Bund und Land bei gleichzeitig steigenden Aufgaben zu solchen Entscheidungen gezwungen und haben in der Folge keine Alternative zur Beitragserhebung.
  13. Was keinesfalls die Konsequenz der Abschaffung der kommunalen Straßenbeiträge sein darf ist, dass die Kommunen durch die Landesregierung allein gelassen werden. Es bleibt zu befürchten, dass die Landesregierung durch eine entsprechende Gesetzgebung, die Gemeinden und Kommunen zusätzlich belasten könnte. Die Gemeinden und Kommunen sind bereits über ihrer Belastungsgrenze angelangt und können keine weiteren Belastungen verkraften.
  14. Die Erhebung von Straßenausbeiträgen muss aus dem kommunalen Abgabengesetz herausgelöst werden und es muss hier eine klar durch Allgemeinsteuern finanzierte Lösung angestrebt werden, die sowohl eine Entlastung der Kommunen, als auch eine gerechtere Kostenverteilung auf die Bevölkerung nach sich zieht.

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: IR 3

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: CDU für Straßenbeitragschaos verantwortlich.  
SPD mit besserem Konzept!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt die Initiative der SPD-Landtagsfraktion, das von einer CDU-
- 3 geführten Landesregierung angerichtete Chaos mit der zwangsweisen Einführung von
- 4 Straßenbeitragssatzungen, damit Straßenbeiträgen, zu beenden.
- 5
- 6 Der SPD-Bezirksparteitag begrüßt die Abschaffung der zwangsweisen Straßenbeiträge. Die
- 7 geschätzten 40 Millionen Euro jährlich sowie weitere 20 Millionen Euro für die Anteile in
- 8 Kommunen, in denen bislang keine Beiträge erhoben wurden, zeigen die klare Perspektive.
- 9
- 10 Der SPD-Bezirksparteitag hält eine Ausschüttung der Mittel nach Straßenkilometern und nicht
- 11 dem üblichen Pro-Kopf-Verfahren gerade um Bereich dieser Infrastrukturmaßnahmen für
- 12 zielführend.
- 13
- 14 Diese Mittel kommen aus den geplanten Investitionsfonds.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Feststellung des Katastrophenfalles

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die Feststellung des Katastrophenfalles ist auch weiterhin eine alleinige Aufgabe des Landrates
- 3 als untere Katastrophenschutzbehörde. Eine beabsichtigte Änderung des Hessischen Brand-
- 4 und Katstrophenschutzgesetzes (HBKG) in diesem Punkt wird abgelehnt.
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Gegen die Zentralisierung von Leitstellen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die zentralen Leitstellen sollen weiterhin als integrierte Leitstellen für den Brandschutz,
- 3 Rettungsdienst und Katstrophenschutz auf Kreisebene erhalten und betrieben werden. Anstelle
- 4 der Zentralisierung von Leitstellen sollten erneut Verhandlungen zur Integration des ärztlichen
- 5 Bereitschaftsdienstes in die integrierte Leitstelle geführt werden.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 6

Antragsteller: SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung Hessen-Nord

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Fraktionen der Kommunen und Kreise in Hessen

Betr.: Unisextoiletten im ganzen Landesgebiet

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD in Hessen spricht sich für eine Einrichtung von Unisextoiletten in öffentlichen
- 3 Gebäuden aus. Das Land Hessen sowie alle im Land liegenden Kommunen und Kreise sollen
- 4 beauftragt werden, zu prüfen, in welchen öffentlichen Gebäuden, für die sie zuständig sind,
- 5 zusätzlich zu Damen- und Herrentoiletten auch Unisextoiletten eingerichtet werden können. Bei
- 6 der Prüfung ist zu berücksichtigen, dass mit der Umwidmung mindestens einer bereits
- 7 vorhandenen geschlechtergetrennten Toilette pro geeignetem Gebäude in eine Unisextoilette
- 8 eine sehr kostengünstige Umsetzungsmöglichkeit besteht.
- 9
- 10 Das Land Hessen sowie alle im Land liegenden Kommunen und Kreise sollen beauftragt
- 11 werden, Unisextoiletten in solchen Gebäuden einzurichten, bei denen die Prüfung eine
- 12 Umsetzungsmöglichkeit ergeben hat. Ebenso sind bei der Errichtung von neuen Gebäuden
- 13 zusätzlich Unisextoiletten einzurichten.
- 14
- 15
- 16 **Begründung:**
- 17
- 18 Existieren nur nach Männern und Frauen getrennte Toiletten, so benachteiligt dies Menschen,
- 19 die sich entweder keinem dieser beiden Geschlechter zuordnen können bzw. wollen oder aber
- 20 einem Geschlecht, das sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht entspricht.
- 21
- 22 Obwohl Toiletten nicht nach dem Gegenstand eines drängenden Problems aussehen, haben
- 23 sie eine große Bedeutung für den Alltag der betroffenen Menschen. In einer Stellungnahme zu
- 24 Intersexualität nennt der Deutsche Ethikrat die geforderte "tägliche Entscheidung zwischen den
- 25 Geschlechtern (z.B. auf öffentlichen Toiletten)" als eine der von Intersexuellen meistgenannten
- 26 Hürden in ihrem Alltag.
- 27
- 28 Transsexuelle Menschen, deren Geschlecht sichtbar nicht ihrem biologischen Geschlecht
- 29 entspricht, müssen sich bei jedem Gang zur Toilette entweder dem Geschlecht ihres Körpers
- 30 zuordnen oder sich dem Risiko aussetzen, auf der anderen Toilette als fremder Eindringling
- 31 wahrgenommen und konfrontiert zu werden.
- 32
- 33 Unisextoiletten dagegen erfordern keine Selbstkategorisierung in das binäre
- 34 Geschlechtersystem. Das kann selbst für Menschen, die sich prinzipiell zuordnen können, dazu
- 35 aber nicht ständig angehalten werden möchten, angenehm sein.

36 Die Umwidmung existierender Toiletten zu Unisextoiletten ist nahezu kostenneutral, da bloß die  
37 Beschilderung ausgetauscht werden muss. Es regt außerdem dazu an, über  
38 Geschlechtertrennungen im Alltag nachzudenken. Nicht zuletzt unterstreichen Unisextoiletten  
39 das Image Hessens als ein geschlechterpolitisches progressives Land.  
40  
41

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 8

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Änderung des Artikel 39 Grundgesetz

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Art 39 Abs. 1 GG wird dahingehend geändert, dass der Bundestag vorbehaltlich der
- 3 nachfolgenden Bestimmungen auf fünf Jahre gewählt wird.
- 4
- 5
- 6 Begründung:
- 7
- 8 Die Legislatur des Bundestages beträgt derzeit vier Jahre.
- 9 Für einen der größten Verwaltungsapparate ist diese kurze Wahlperiode unangemessen. Eine
- 10 effektivere Arbeit könnte geleistet werden, wenn nicht nach 3,5 Jahren Arbeitszeit schon wieder
- 11 die Parteien im Wahlkampf ihre Positionen formulieren und das Arbeiten teilweise erschwert.
- 12 Auch aus finanziellen Gesichtspunkten wäre eine Verlängerung der Legislatur sinnvoll und
- 13 könnte Einsparungen ermöglichen.
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: IR 9 (geänderte Fassung)  
Antragsteller: AsJ-Bezirkskonferenz  
Adressat: SPD-Landtagsfraktion  
Betr.: Reform der Parlamentarischen Kontrollkommission

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, auf eine Anpassung des Gesetzes zur  
3 parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen vom 25. Juni 2018  
4 hinzuwirken. Die parlamentarische Kontrolle ist nach wie vor defizitär geregelt. Auch in dem neu  
5 geschaffenen Gesetz sind die darin enthaltenen Befugnisse und die Ausstattung dieses Organs  
6 nicht dem aktuellen Stand etwa der bundesgesetzlichen Regelungen entsprechend. Die  
7 Vorgänge um den Kasseler NSU-Mord haben die Notwendigkeit einer Stärkung der  
8 parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes sichtbar gemacht.  
9 Die ASJ fordert für eine Reform der parlamentarischen Kontrolle folgende wesentliche  
10 Reformschritte:  
11  
12 1. Verankerung der Parlamentarischen Kontrollkommission in der Hessischen Verfassung,  
13 vergleichbar mit Art. 45d GG.  
14 2. Weiterentwicklung der Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission im Hinblick  
15 auf die Einsicht in Akten, Zutritt zu Dienststellen und Befragung von Mitarbeitern.  
16 3. Es sind grundlegende Regelungen über die Ausstattung der Parlamentarischen  
17 Kontrollkommission zu schaffen. Dies gilt zum einen im Hinblick auf die personelle  
18 Ausstattung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Hier soll nach dem Vorbild des  
19 Bundes das Amt eines „Ständigen Bevollmächtigten“ geschaffen werden, der wiederum mit  
20 eigenem Personal auszustatten ist, welches unabhängig vom Landesamt für  
21 Verfassungsschutz ist. Auch muss darauf geachtet werden, dass die parlamentarische  
22 Kontrolle im Bereich der technischen Aufklärung durch den Nachrichtendienst auch für die  
23 Kontrolleure ein erhebliches technisches Fachwissen und Verständnis voraussetzt.  
24  
25  
26  
27

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 10

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Konnexitätsprinzip auch für die Bundesebene

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert die Einführung des Konnexitätsprinzips auch für die
- 3 Bundesebene. Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“, bedeutet für kluge – auch für weniger kluge –
- 4 Initiativen auf Bundesebene für die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionen sich
- 5 über die eigenen notwendigen Gelder stärker Gedanken zu machen.
- 6
- 7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Die Forderung aus der Bundesregierung, den ÖPNV kostenlos zu machen, ist wohlfeil, solange
- 11 der Bund das notwendige Geld nicht auf den Tisch legt.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 12

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion,  
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv  
3 rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die  
4 Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und  
5 Strafverfahren gelten.  
6 Wir fordern daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um Straftaten erfolgreich  
7 einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu bieten.  
8  
9  
10 **Begründung:**  
11  
12 In Hessen gab es laut den hessischen Ermittlern alleine im Jahr 2015 mindestens 42 politisch  
13 rechts motivierte gewaltsame Übergriffe auf Asylsuchende und Flüchtlingsheime. Das  
14 brandenburgische Konzept in Hessen umzusetzen wäre ein wichtiger Schritt, präventiv  
15 Straftaten gegen Flüchtlingen vorzubeugen, da rechtsradikal motivierte Straftaten eine positive  
16 Auswirkung auf die Bleibeperspektive der betroffenen Flüchtlinge haben werden.  
17  
18  
19  
20  
21

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 13

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,  
SPD-Landesparteitag

Betr.: Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreisbremse

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, zu prüfen ob der Verstoß gegen die Auflagen
- 3 der Mietpreisbremse als Ordnungswidrigkeit gesetzlich implementierbar ist.
- 4
- 5
- 6 Begründung:
- 7
- 8 Im aktuellen Koalitionsvertrag steht, dass der Vermieter verpflichtet ist, die Vormiete auf
- 9 Nachfrage offenzulegen. Fraglich ist aber wie viele davon wirklich Gebrauch machen, denn wie
- 10 man sich gut vorstellen kann, steigert eine solche Nachfrage nicht wirklich die Chancen auf die
- 11 Wohnung.
- 12 Und solange Menschen bereit sind den erhöhten Mietpreis zu zahlen, wird auch diese
- 13 Maßnahme verpuffen. Deshalb brauchen wir einen Sanktionskatalog, der einen Verstoß gegen
- 14 die Mietpreisbremse so unrentabel macht, dass sich ein Verstoß nicht mehr lohnt.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 14

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D-Fraktion im Europäischen Parlament,  
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,  
SPD-Landesparteitag,

Betr.: Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Netzneutralität soll ohne derzeit, durch EU-Recht mögliche, bestehende Ausnahmen und  
2 nach Vorbild der BEREC-Leitlinien gesetzlich verankert werden. Hierzu ist die EU-Verordnung  
3 2015/2120 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet anzupassen.

4 Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden  
5 dazu aufgefordert, hierzu einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und in den Bundestag bzw.  
6 das Europäische Parlament einzubringen. Ziel muss sein, neben einer Verankerung im EU-  
7 Recht, die Netzneutralität auch im deutschen Telekommunikationsgesetz zu verankern.

8  
9

10 Begründung:

11  
12 Die Idee der Netzneutralität ist, dass ein maximal nützliches, öffentliches Informationsnetzwerk  
13 danach strebt, alle Inhalte, Seiten und Plattformen gleich zu behandeln. So kann das Netzwerk  
14 jede Form von Information transportieren und jede Art von Anwendung unterstützen.<sup>1</sup>

15

16 "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." (Grundgesetz, Art. 3 (1))

17 Was im Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als selbstverständlich  
18 erscheint, gilt genauso auch im Internet:

19 Alle Datenpakete müssen bei der Übertragung grundsätzlich gleich und diskriminierungsfrei  
20 übertragen werden. Bei diesem Grundsatz spielt es keine Rolle, ob es sich um eine  
21 Privatperson oder ein Unternehmen handelt.

22

23 Dieser Grundsatz gerät jedoch zunehmend in Gefahr: So wurde im vergangenen Jahr die  
24 Netzneutralität in den USA gekippt und damit einer Ungleichbehandlung von NutzerInnen Tür  
25 und Tor geöffnet.

26

27 In der Europäischen Union existiert eine rechtliche Grundlage der Neutralität auf EU-Ebene  
28 bereits (Verordnung (EU) 2015/2120 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet), es  
29 ist aber berechtigterweise davon auszugehen, dass nach dem Fall der Netzneutralität in den  
30 USA Versuche stattfinden werden, diese auch im EU-Raum aufzuweichen. Vodafone und  
31 Telekom höhlen bereits heute mit Diensten wie StreamOn oder Vodafone Pass die EU-  
32 Verordnung aus.

33

---

<sup>1</sup> Vgl. Definition von Tim Wu ([http://www.timwu.org/network\\_neutrality.html](http://www.timwu.org/network_neutrality.html) - 10.04.2018)

34 Das ist möglich, da die Ausnahmen schwammig formuliert sind, primär hinsichtlich drei  
35 Aspekten: Zero-Rating, Verkehrsmanagement und Spezialdienste.

36  
37 Zero-Rating bedeutet, dass auch, wenn das gekaufte Datenvolumen aufgebraucht ist,  
38 bestimmte Dienste weiterhin mit der gleichen Bandbreite angeboten werden können, siehe die  
39 oben angesprochenen Angebote von Telekom oder Vodafone.

40  
41 Beim Verkehrsmanagement geht es darum, dass bestimmte Dienste höher oder niedriger  
42 priorisiert werden, wenn viel „Traffic“ anfällt. Das bedeutet, dass ein Fußballspiel im Internet  
43 priorisiert übertragen werden kann, während gleichzeitig wichtige E-Mails um wenige Sekunden  
44 verzögert verschickt werden.

45  
46 Und schlussendlich zielen die Spezialdienste darauf, dass ein bestimmter Dienst bevorzugt  
47 behandelt wird. Wenn man diesen Spezialdienst bucht, bekommt man garantiert, dass der  
48 Dienst überhaupt nutzbar ist. Als Beispiel hierfür kann Voice over LTE genannt werden.

49  
50 Neben Privatpersonen können aber auch Unternehmen gezielt in der Bereitstellung ihrer  
51 Angebote beeinträchtigt werden.

52  
53 Laut Ben Scott, Vorstandsmitglied des Thinktanks "Stiftung Neue Verantwortung", ergeben sich  
54 für Unternehmen (und in Folge auch für Nutzerinnen) drei Probleme durch die Abschaffung der  
55 Netzneutralität<sup>2</sup>:

- 56  
57 1) Telekommunikationsunternehmen können eigene Angebote, etwa im Bereich der  
58 Unterhaltungsmedien, bevorzugen und gleichzeitig Angebote anderer  
59 Anbieterbenachteiligen, beschränken oder ganz blockieren.  
60 2) Große etablierte Unternehmen profitieren von Kooperationen mit  
61 Telekommunikationsunternehmen, neue Unternehmen werden durch diese  
62 Marktzutrittsschranken benachteiligt.  
63 3) Die bestehenden Telekommunikationsunternehmen können ihre Marktmacht ausbauen, so  
64 dass jegliches Unternehmen mehr oder minder gezwungen wird zu kooperieren, um  
65 weiterhin auf dem Markt bestehen zu können.

66  
67 Kurz gesagt: Eine Abschaffung der Netzneutralität ermöglicht es Telekommunikations-  
68 unternehmen aufgrund finanzieller Überlegungen zu entscheiden, auf welches Angebot von  
69 wem, wie zugegriffen werden kann. Dies ist nicht nur ein massiver Eingriff in das Funktionieren  
70 des Wettbewerbs (als Beispiel sei die Kapitalkraft milliardengroßer Unternehmen und neuen  
71 Start-Ups genannt), sondern etwa auch im Hinblick auf die Meinungsfreiheit entschieden  
72 abzulehnen.

73  
74 Das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC) hat  
75 im August 2016 bereits finale Leitlinien zur Lesart der EU-Verordnung veröffentlicht<sup>3</sup>, die im  
76 Gegensatz zur EU-Verordnung an einigen Stellen auf das Prinzip der Netzneutralität verweisen.  
77 Mit diesen Leitlinien sind die o.g. Schlupflöcher angegangen und häufig zugunsten der  
78 Nutzer\*innen präzisiert worden.<sup>4</sup>

79  
80 Es wird also ersichtlich, dass die Europäische Union bereits überwiegend starke Regeln zur  
81 Netzneutralität hat. Dennoch ist die Initiative zu unterstützen, die entsprechende EU-  
82 Verordnung so anzupassen, dass nicht erst über eine Leitlinie der BEREC das Prinzip  
83 geschützt wird, welches das Internet überhaupt erst so groß und wichtig werden ließ, wie es  
84 heute ist.

---

<sup>2</sup> Quellennachweis : <https://www.taz.de/!5467649> - 15.3.2018

<sup>3</sup> Quellennachweis: In englischer Sprache: <http://www.berec.europa.eu/eng/netneutrality/> - 10.04.20

<sup>4</sup> vgl. <https://netzpolitik.org/2016/europa-sichert-die-netzneutralitaet-das-bedeutet-die-regeln-im-alltag/> - 10.04.2018



**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: IR 16

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Werbeverbot für Tabakaußenwerbung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert alle Möglichkeiten zu  
3 nutzen, um einen Gesetzesentwurf einzubringen, wonach die Tabakaußenwerbung verboten  
4 wird.  
5  
6  
7 Begründung:  
8  
9 Jedes Jahr sterben in Deutschland mehr als 120.000 Menschen an den Folgen des Rauchens.  
10 Aus diesem Grund hatte sich die Koalition aus SPD, CDU / CSU bereits in der vergangenen  
11 Legislaturperiode auf einen entsprechenden Gesetzesentwurf geeinigt. Das Gesetz wurde  
12 jedoch aus unerklärlichen Gründen nicht in den Bundestag eingebracht beziehungsweise  
13 beschlossen. Auch bei den Koalitionsverhandlungen in diesem Jahr bestand zunächst  
14 Konsens, dass dieses Verbot im Koalitionsvertrag aufgenommen werden sollte. Unmittelbar vor  
15 Vertragsunterzeichnung wurde dieses Werbeverbot laut Presseveröffentlichung auf Initiative der  
16 CDU wieder aus dem Vertrag gestrichen. Bereits vor 14 Jahren hatte sich Deutschland in einem  
17 internationalen Abkommen verpflichtet, bis 2010 ein Tabakwerbeverbot einzuführen.  
18 Deutschland ist das einzige Land der EU, das kein Werbeverbot für Tabakaußenwerbung hat.  
19 Wie lange soll es noch dauern, bis besonders unsere Jugend vor der Versuchung des  
20 Rauchens und den todbringenden Gefahren dieser Sucht geschützt wird.  
21 Die Interessen der Tabakindustrie können nicht die Verantwortung der politischen Entscheider  
22 für die Gesundheit unserer Bevölkerung außer Kraft setzen.  
23  
24  
25  
26  
27  
28

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: SG 3

Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Versicherungsfremde Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD Bundestagsfraktion und SPD Regierungsmitglieder werden aufgefordert
- 3 sicherzustellen, dass zukünftig versicherungsfremde Leistungen, die nicht durch
- 4 Bundeszuschüsse abgedeckt sind, in dem Jahresbericht der gesetzlichen Rentenversicherung
- 5 ausgewiesen werden.
- 6 Darüber hinaus sind diese Leistungen bald möglichst vollständig dem
- 7 Rentenversicherungsträger vollständig zu erstatten.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Um die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig zu sichern müssen
- 13 derzeitige und zukünftige Belastungen präzise erfasst werden. Nur auf dieser Basis lässt sich
- 14 eine Diskussion über den Ausbau sinnvoller Sozialleistungen durch die Rentenversicherung
- 15 sachlich führen. Wenn es aus objektiven Gründen sinnvoll ist, versicherungsfremde Leistungen
- 16 weiterhin durch die Rentenversicherung zu zahlen, sind die Kosten dafür vollständig aus
- 17 Steuermitteln zu begleichen. Letztendlich gehören diese Leistungen zu den gesamtstaatlichen
- 18 Aufgaben und sind somit auch nicht nur durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und
- 19 Arbeitgeber zu tragen,, sondern aus dem Staatshaushalt zu begleichen.
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: SG 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Finanzsituation der Krankenhäuser; Rahmenbedingungen für das Krankenpflegepersonal

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, dass in den
- 3 Krankenhäusern eine bedarfsgerechte und verlässliche Mindestpersonalbesetzung
- 4 vorgeschrieben ist.
- 5 Die Finanzierung der Krankenhäuser muss verbessert werden. Diese zusätzlichen finanziellen
- 6 Mittel müssen sich mess- und nachweisbar in zusätzlichem Personal und besserer Pflege
- 7 auswirken.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Es ist erschreckend, dass eine Krankenschwester an die Bundeskanzlerin schreiben muss, um
- 13 auf die ungeheure Misere in der Krankenpflege hinzuweisen. Sie schreibt von Personal, dass
- 14 innerlich seine Kündigung ausgesprochen hat, von übermüdeten Pflegekräften, die nur noch
- 15 versuchen, den größten Schaden abzuwenden.
- 16 „Es herrscht nur noch Frust und Flucht“, berichtet sie in ihrem Hilferuf an Bundeskanzlerin
- 17 Merkel!
- 18 Die Patienten sind zum Wirtschaftsfaktor geworden, sie sind Fallzahlen und Kostenfaktoren!
- 19 Aber sie werden nicht mehr als Menschen betrachtet.
- 20 Unsere Position: Gesundheit darf keine Ware sein, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt!
- 21
- 22 Der Kostensenkungsdruck und der Wettbewerb im Krankenhausbereich sind buchstäblich „aus
- 23 dem Ruder gelaufen“. Seit Einführung des DRG-Systems wird der finanzielle Rahmen der
- 24 Krankenhäuser immer enger. Die personelle Lage an den Krankenhäusern – auch in
- 25 Nordhessen – spitzt sich zu. Die ausreichende Versorgung der Patientinnen und Patienten ist
- 26 zum Teil bedroht.
- 27
- 28 Viele Krankenhäuser haben erhebliche Probleme, qualifizierten Nachwuchs für den ärztlichen
- 29 und pflegerischen Bereich zu gewinnen und im Rahmen des DRG-Systems zu finanzieren.
- 30 Trotz starker Zunahme der Fallzahlen sank die Zahl der Pflegekräfte in den Krankenhäusern
- 31 kontinuierlich.
- 32 Nach unseren Informationen fehlen 162.000 Stellen in deutschen Krankenhäusern, 70.000
- 33 allein in der Pflege. Für die Beschäftigten bedeutet das eine enorme Belastung in ihrer
- 34 täglichen Arbeit.
- 35 In keinem anderen Land Europas gibt es im Verhältnis zu den Krankenhauspatienten weniger
- 36 Pflegepersonal als in Deutschland. Hierzulande versorgt eine Krankenpflegeperson
- 37 durchschnittlich 10,3 Patient/-innen. In Norwegen sind es lediglich 3,8.

38  
39 Auch in anderen Berufsgruppen steigt die Arbeitsbelastung: Im Reinigungsdienst werden z. Zt.  
40 nur 3 Minuten für die tägliche Reinigung eines Patientenzimmers veranschlagt.  
41  
42 Die Krankenhäuser müssen zusätzliches Geld erhalten, das sie dringend benötigen. Das muss  
43 sich mess- und nachweisbar in zusätzlichem Personal und Pflege auswirken.  
44 Die Arbeit im Krankenhaus darf nicht krank machen, die Beschäftigten müssen dringend  
45 entlastet werden.  
46  
47  
48  
49  
50

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: SG 7

Antragsteller: ASG-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Beseitigung von Mangelernährung in der onkologischen Versorgung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Bundes- und Landesregierung werden aufgefordert, initiativ dafür Sorge zu tragen, dass eine  
3 nachhaltige Beseitigung von Mangelernährung insbesondere in der onkologischen Versorgung  
4 erfolgt. Hierzu soll insbesondere der Gemeinsame Bundesausschuss durch gesetzliche  
5 Vorgaben zeitnah verpflichtet werden, im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz ein  
6 entsprechendes Screeningverfahren zur Feststellung von Mangelernährung zu implementieren.  
7 Des Weiteren ist die Gemeinsame Selbstverwaltung zu verpflichten, geeignete  
8 Abrechnungsmöglichkeiten für die Durchführung eines solchen Screeningverfahrens  
9 (ambulant/stationär) zu vereinbaren.

10  
11  
12 Begründung:

13  
14 Der Gesundheitszustand von Krebspatienten in Deutschland ist häufig durch  
15 Ernährungseinschränkungen gekennzeichnet, die durch die Erkrankung und ihre Therapie  
16 bedingt sind. Einer in der Folge auftretende Mangelernährung steht keine angemessene  
17 Ernährungstherapie gegenüber. Dieses Versorgungsdefizit tritt sowohl in der stationären als  
18 auch ambulanten Patientenversorgung auf.  
19 Bei rd. einem Drittel der stationär an Krebs behandelten Patienten ist eine Mangelernährung  
20 festzustellen. 20-30% aller Krebserkrankten versterben jedoch nicht an ihrer Krebserkrankung,  
21 sondern an den Folgen einer Mangelernährung.

22  
23  
24  
25  
26

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: SG 8

Antragsteller: ASG-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Parteivorstand

Betr.: Stärkung der häuslichen Therapie im deutschen Gesundheitswesen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, ein gesundheitspolitisches Grundsatzprogramm zu
- 3 entwickeln, welches die Defizite, aber auch Lösungsvorschläge aufzeigt, bisher etablierte
- 4 Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen in Richtung „Stärkung der häuslichen Therapie“
- 5 zukunftsgerichtet und auch unter Einsatz telemedizinischer Anwendungen weiterzuentwickeln.
- 6 Den Versorgungsbedürfnissen ambulant und stationär pflegebedürftiger Personen ist dabei in
- 7 gesonderter Weise Rechnung zu tragen. Eine patientenzentrierte Gesundheitsversorgung sollte
- 8 sich stets nach dem Grundsatz richten „die Medizin muss sich nach dem Patienten richten und
- 9 nicht der Patient nach der Medizin“
- 10
- 11
- 12 Begründung:
- 13
- 14 Das deutsche Gesundheitssystem zählt weltweit mit zu den besten. Der demographische
- 15 Wandel zwingt jedoch auch zu einer bedarfsgerechten Anpassung etablierter
- 16 Versorgungsstrukturen. Bedingt durch den medizinisch-technischen Fortschritt wird durch eine
- 17 fortschreitende „Ambulantisierung der Medizin“ es zunehmend ermöglicht, den etablierten
- 18 Versorgungsgrundsatz „ambulant vor stationär“ tatsächlich auch zu realisieren.
- 19 Insbesondere ältere Patienten mit einem multimorbiden Krankheitsgeschehen sind jedoch
- 20 zunehmend darauf angewiesen, dass ambulante medizinische Versorgungsstrukturen im
- 21 Rahmen der häuslichen Therapie angeboten und in Anspruch genommen werden.
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: WBA 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag

Betr.: Staatliche Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, dass die staatliche
- 3 Förderung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen vorsieht, wenn der ursprüngliche
- 4 Arbeitsplatz des Arbeitnehmers aufgrund der Digitalisierung/Rationalisierung wegfällt.
- 5
- 6 Ferner soll der Arbeitgeber in diesen Fällen verpflichtet werden, den Arbeitnehmer auf einer
- 7 gleich- oder höherwertigen Stelle mit entsprechender Vergütung weiterhin zu beschäftigen.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Die Digitalisierung bedroht zahllose Arbeitsplätze in Deutschland. Was in der Produktion
- 13 begann, weitet sich nun auf den administrativen Bereich aus. Um jedoch das Einkommen der
- 14 Arbeitnehmer zu sichern, darf es nicht zu einer Subventionierung veralteter Technik kommen,
- 15 wie es bei der Kohle lange war und ist. Stattdessen sollten Weiterbildungsmaßnahmen für
- 16 Arbeitnehmer gefördert werden, wenn sie vom Arbeitgeber gehalten werden, obwohl der
- 17 ursprüngliche Arbeitsplatz aufgrund Rationalisierung nicht mehr benötigt wird. Außerdem muss
- 18 vom Arbeitgeber gewährleistet werden, dass der neue Arbeitsplatz auf dem gleichen oder
- 19 einem höheren Niveau liegt, wie der alte, und dies auch entsprechend vergütet wird.
- 20
- 21 Dies soll Effekte zu Gunsten von beiden Seiten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zur Folge
- 22 haben. Auf der einen Seite können die Einkommen der Arbeitnehmer gesichert werden. Der
- 23 ursprüngliche Arbeitsplatz mag zwar verloren gehen, aber dafür bekommt der Arbeitnehmer
- 24 einen äquivalenten Ersatz. Insofern vorhanden stärkt dies zudem die Stellung von Betriebsräten
- 25 und Gewerkschaften, wenn sie sich dafür einsetzen, Mitarbeiter bei
- 26 Rationalisierungsmaßnahmen zu behalten und sie in anderen Unternehmensbereichen
- 27 einzusetzen. Auf der anderen Seite werden Investitionen in die Digitalisierung gefördert, da der
- 28 Arbeitnehmer bei einer effektiveren Nutzung seiner Ressourcen finanziell unterstützt wird und
- 29 seine Mitarbeiter weiterentwickeln kann.
- 30
- 31

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: WBA 3

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesparteitag

Betr.: Fachkräftemangel?! Arbeitsbedingungen verbessern!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD setzt sich auf der jeweiligen Ebene für folgende Punkte ein:
- 3
- 4
  - allgemein verbindliche Tarifverträge in der Pflege fördern
  - die Förderung der Qualifikation hier lebender Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen, die Interesse an Pflegeberufen zeigen (im Sinne von Investitionen in Sprach- und Weiterbildung als vereinfachten Einstieg in den Pflegeberuf)
  - einheitliche EU-weite Ausbildungsstandards und -bedingungen zu erarbeiten
  - Gewährleistung betriebsinterner psychosozialer Angebote (Supervisionen) zur psychisch-seelischen Entlastung der Pfleger\*innen
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: WBA 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Mindestlohn auch für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord hält die Einführung des Mindestlohns für einen
- 3 qualitativ wichtigen Schritt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
- 4 Der Mindestlohn als Sockelbetrag des Einkommens muss auch für den Personenkreis
- 5 der bisher in Werkstätten Beschäftigten übertragen werden.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: WBA 5

Antragsteller: SPV-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Allen in Deutschland lebenden Menschen Arbeit erlauben

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Minister in der Bundesregierung mögen darauf  
3 hinwirken, dass Menschen, die in Deutschland leben, arbeiten können, wenn Arbeit vorhanden  
4 ist.

5  
6  
7 Begründung:

8  
9 In Deutschland leben viele Ausländer, die nicht arbeiten dürfen und daher auf staatliche Hilfe  
10 angewiesen sind. Das ist unnötig.

11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: WBA 6

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ausbildung von Nachwuchskräften für die Agrarverwaltung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Eine gute Verwaltung benötigt gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der
- 3 Landwirtschaftsverwaltung wird in nächster Zeit ein zusätzlicher Bedarf an gut ausgebildeten
- 4 Nachwuchskräften im gehobenen und höheren Dienst entstehen. Wir setzen uns deshalb für
- 5 die Wiedereinführung einer gezielten Vorbereitung der Hochschulabsolventen auf den Dienst in
- 6 öffentlichen Verwaltungen ein.
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: JBK 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Multimedia-Kompetenz von Lehrkräften stärken

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium  
3 Fortbildungen zum Bereich Multimedia-Kompetenzen für alle Lehrkräfte ermöglicht. Damit soll  
4 erreicht werden, dass folgende Themen, Fächer und Stufen unabhängig von jedem Lehrer\*in in  
5 den Unterricht eingebunden und den Schüler\*innen vermittelt werden können:  
6  
7 • **Grundlagen:** Rechnerarchitektur, Verfassen digitaler Texte, Nutzen von Online-  
8 Enzyklopädien, Nutzen von Suchmaschinen, Einführung in soziale Netzwerke, Umgang  
9 mit Apps, Jugendschutz, Digital-Payment  
10 • **Umgang mit neuen Medien:** Umgang mit Social Media Netzwerken mit Hinweis auf  
11 Gefahren, Cyber-Mobbing, Influencer, aktuelle Apps/ Trends, Product-Placement,  
12 Suchtgefahr durch digitale Medien, Fake News, Sexualität und Schönheitsidealen im  
13 Internet  
14 • **Weitergehende informatische Kenntnisse:** Big Data, Micro-Targeting, Logik von  
15 Programmiersprachen, neue Entwicklungen im digitalen Bereich  
16  
17 Die Lehrinhalte im Bereich der Multimedia-Kompetenzen sollen altersgerecht und dem  
18 allgemeinen Lernstand der Schüler\*innen angepasst werden.  
19  
20  
21  
22  
23  
24

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: JBK 3

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Finanzbildung für alle

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass die hessische Landesregierung
- 3 eine Strategie für Bildung im Bereich Finanzen für die Bürger\*innen des Landes Hessen
- 4 entwickelt, die sowohl die schulische als auch die außerschulische Bildung umfasst.
- 5
- 6
- 7
- 8

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: JBK 4

Antragsteller: SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung Hessen-Nord

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Schulbücher mit zeitgemäßen Strukturen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD in Hessen spricht sich für eine zeitgemäße Schulbuchausstattung aus. Das Hessische
- 3 Kultusministerium soll beauftragt werden, eine Richtlinie für Neuanschaffungen von
- 4 Schulbüchern zu definieren, in der neben den heterosexuellen Partnerschaftsverhältnissen
- 5 auch gleichgeschlechtliche Partnerschaftsverhältnisse als Beispiele enthalten sein müssen.
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 1

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag,

Betr.: Umstellung Landwirtschaftssubvention durch die EU auf Punktesystem

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die Fraktion der SPD im Europaparlament wird gebeten, sich bei den zuständigen EU-Gremien
- 3 dafür einzusetzen, dass der derzeitige Subventionsmechanismus in der Landwirtschaft auf ein
- 4 Punktesystem umgestellt wird, mit dem Maßnahmen dem Erhalt der Artenvielfalt sowie zum
- 5 Schutz von Umwelt, Böden und Gewässern und der artgerechten Tierhaltung mit
- 6 Schwerpunktmäßig gefördert werden. Auch sollen Anreize geschaffen werden um die
- 7 Tierproduktion und den Export von Tieren massiv zu senken.
- 8
- 9
- 10 Begründung:
- 11
- 12 Das System einer bedingungslosen Direktzahlung nach der Flächengröße ist zu beenden.
- 13 Speziell in Waldeck-Frankenberg stellt sich die Situation der Landwirtschaft wie folgt dar:
- 14 Es gibt größere landwirtschaftliche Betriebe, die infolge einer effizienten Betriebsmitteleinsatzes
- 15 wirtschaftlich gut aufgestellt sind. Diese Betriebe produzieren überregional, sie benötigen keine
- 16 einzelbetriebliche Förderung. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die landwirtschaftlichen
- 17 Betriebe, deren wirtschaftliche Lage prekär ist. Diese Betriebe stellen derzeit entweder auf
- 18 ökologischen Landbau um oder aber sie nehmen für die Abnahme von Überschussmisten/-gülle
- 19 aus den norddeutschen und niederländischen Überschussregionen Entgeltzahlungen an. Diese
- 20 Betriebe müssten auch deshalb gefördert werden, damit sie gegenüber Entgeltzahlungen
- 21 unempänglich werden und zudem sich insgesamt dem ökologischen Landbau öffnen.
- 22
- 23
- 24
- 25

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D-Fraktion im EU-Parlament, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Saatgut ist Kulturgut – ein überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zulassungsvoraussetzungen für Amateursorten vereinfacht werden. Insbesondere bei alten Sorten von
- 3 Gemüse muss hier einerseits eine preisgünstige Alternative, andererseits überhaupt die
- 4 Zulassung derer wieder ermöglicht werden.
- 5
- 6 Zusätzlich setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, dass jene Rahmenbedingungen
- 7 geschaffen werden, die notwendig sind, um die Erhaltung und Nutzung der Arten- und
- 8 Sortenvielfalt zu gewährleisten.
- 9
- 10
- 11 **Begründung:**
- 12
- 13 Seit tausenden von Jahren haben Bauern und Gärtner alljährlich einen sorgfältig ausgesuchten
- 14 Teil ihrer Ernte aufbewahrt und bei den nächsten Aussaaten weiter genutzt. Durch diese
- 15 Tradition entstand in einem stetigen Anpassungsprozess an nicht zuletzt im Klimawandel
- 16 veränderliche Standorte und Bedürfnisse ein riesiger Kulturschatz an vitalen und robusten
- 17 Sorten unserer Kulturpflanzen. Diese genetische Vielfalt ist unser aller kulturelles Erbe.
- 18 Allerdings sind in den letzten Jahrzehnten bis zu 90 Prozent dieser bewährten samenfesten
- 19 Sorten mit ihrer breiten genetischen Ausstattung aus unseren Gärten und von unseren Äckern
- 20 verschwunden. Das Aufgeben von Nutzgärten und der Tradition der eigenen Saatgutnutzung
- 21 haben hierzu ebenso beigetragen, wie die Verwendung neuer, einheitlicher
- 22 Hochleistungssorten. Darunter sind solche, die an maschinelle Ernteverfahren oder bestimmte
- 23 Pestizide angepasst sind und auch Hybridpflanzen, die nur im ersten Anbaujahr Höchstserträge
- 24 bringen und von denen daher kein Saatgut genommen wird. Die Streichung aus den amtlichen
- 25 Listen für zugelassene Handelssorten führt bei vielen Kulturarten nahezu unbemerkt zur fast
- 26 vollständigen Verdrängung der samenechten Sorten.
- 27
- 28 Weltweit, auch in Deutschland, schreitet die Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt fort.
- 29 Vielfach regional arbeitende, kleine bis mittelständische Zuchtunternehmen der alten
- 30 Bundesländer konnten nicht überleben. Den größten Verlust an Sorten und Wissen in der
- 31 deutschen Geschichte aber verzeichnen wir durch die Abwicklung der Saatzuchtwirtschaft an
- 32 den verschiedensten Standorten der ehemaligen DDR. Alle Errungenschaften einer eigenen
- 33 Sortenentwicklung wurden damit abrupt gestoppt.
- 34
- 35 Das Problem der Hochleistungssorten im bereits zentralisierten Einzelhandel stellt eine
- 36 Verringerung der Auswahl dar. Gerade kleine Hofläden, Landwirte oder im eigenen

37 Gemüsegarten: Die Produktvielfalt kann groß sein. Es darf nicht sein, dass die Regierung  
38 vorschreibt, welches Produkt gekauft werden darf, sondern vielmehr sollte der potenzielle  
39 Käufer entscheiden können, welche Produkte er erwerben möchte (freie Marktwirtschaft!).  
40 Runde Kartoffeln sind zwar einfach zu schälen, aber wenn die leicht knollige Sorte, dem Käufer  
41 besser mundet, sollte ihm dies nicht verwehrt werden.  
42

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 8

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/Warteberg

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Gewässerschutz

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Zum Schutz der Insekten und der Gewässer durch Verbot von Pestiziden und Einschränken der  
2 Düngung mittels Stickstoff und Gülle sollen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden für  
3 die verstärkte Renaturierung sowie dem Schutz natürlicher Flusslandschaften, dies ist auch im  
4 Sinne des Hochwasserschutzes.

5  
6  
7

Begründung:

8  
9 Eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag zur Biodiversität in und an den Flüssen in  
10 Deutschland ergab, dass nur 0,1 % der Flüsse und Auenlandschaften in einem sehr guten  
11 ökologischen Zustand sind, hingegen sind 54,3% unbefriedigend oder schlecht, die  
12 Bodenqualität ist in der Stadt schon besser als auf dem Land!  
13 Aus volkswirtschaftlicher und ökologischer Sicht ist die Verarmung der biologischen Vielfalt  
14 katastrophal. Ein Ende des Artensterbens ist bisher nicht absehbar. Als 1992 die  
15 Kabeljaufischerei wegen Überfischung vor Neufundland in Kanada zusammenbrach, gingen  
16 damit auch 40.000 Arbeitsstellen in der Industrie verloren. Raubbau an der Natur bis zur  
17 Schmerzgrenze lohnt sich also nicht.

18  
19  
20  
21  
22  
23

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: EnU 9

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: S&D-Fraktion im Europäischen Parlament,  
SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Mikroplastik

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Viele Gewässeruntersuchungen zeigen bereits, dass sich in unseren Gewässern und im  
2 Grundwasser sekundäres<sup>1</sup> und primäres<sup>2</sup> Mikroplastik befindet.  
3 Mikroplastik ist eine unsichtbare und schleichende Gefahr für Tier und Mensch. Häufig gelangt  
4 es über das Abwasser in den Kreislauf, aber auch der Reifenabrieb von Fahrzeugen führt dazu,  
5 dass Mikroplastik in die Natur gerät. Tiere und Pflanzen nehmen Mikroplastik über das Wasser  
6 auf, jene wiederum werden von uns als Lebensmittel konsumiert und stellen auch eine  
7 gesundheitliche Gefahr für uns dar.  
8 Bislang sehen die Produzent\*innen in der Wirtschaft keinen dringenden Handlungsbedarf,  
9 sondern ignorieren das Problem. Ob Duschgel oder PET-Flasche, viele Konsument\*innen  
10 werden täglich damit konfrontiert und nur die wenigsten kennen die Gefahren jener Substanzen,  
11 die sie unbemerkt zu sich nehmen.

12  
13 **Deshalb fordern wir:**

- 14 - Ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten
- 15 - Die Einführung einer weiteren Klärstufe in Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen, um  
16 Mikroplastik im Trinkwasser zu reduzieren. Die dafür notwendigen Mittel sind vom Bund  
17 und der EU zu tragen, um eine Belastung der kommunalen Haushalte und der  
18 Gebührenträger\*innen zu vermeiden.
- 19 - Eine Aufklärungskampagne über die Verbreitung und die Risiken von Mikroplastik, um  
20 die Öffentlichkeit stärker dafür zu sensibilisieren
- 21 - Die Untersuchungskriterien bei Gewässeruntersuchungen auf Mikroplastik auszuweiten
- 22 - Die Einrichtung einer Stelle innerhalb der EU-Kommission, die europaweit eine  
23 einheitliche gesetzliche Regelung schafft und einen Gesetzentwurf für eine Plastiksteuer  
24 erarbeitet. Die Plastiksteuer darf nicht zu Lasten der Konsument\*innen, sondern muss  
25 zu Lasten der Hersteller\*innen eingeführt werden

26  
27 Außerdem fordern wir die SPD auf, auf ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus  
28 Plastikflaschen sowie Plastik-Einweggeschirr zu verzichten.

29  
30  
31

---

<sup>1</sup> Unter sekundärem Mikroplastik versteht man Plastik, welches ursprünglich eine andere Form hatte. Der Abrieb von Autoreifen beispielsweise oder PET-Flaschen und Plastiktüten, die durch Wasser und UV-Strahlung aufreiben und so als Mikroplastik in unsere Gewässer gelangen.

<sup>2</sup> Unter primärem Mikroplastik versteht man winzige Kunststoffteilchen, die zum Beispiel Kosmetikprodukten beigelegt werden.



**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: EnU 10

Antragsteller: SPD-Ortsverein Philippinenhof/Warteberg

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Plastikmüll

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Zum Schutz der Umwelt vor Vermüllung durch Plastik soll der Verbrauch durch ein erweitertes
- 2 Pfandsystem eingeschränkt werden.
- 3
- 4
- 5 Begründung:
- 6
- 7 Längst ist Plastik in die Lebensmittelkette geraten. Durch die Verwendung in Kleidung, als
- 8 Nahrungsmittel oder Kosmetika, gerät es immer weiter in die Flüsse und Meere wo er zu
- 9 Mikroplastik zerfällt. Die Gesundheitlichen Auswirkungen sind bisher nicht erforscht, doch die
- 10 Auswirkungen auf unsere Umwelt sind verheerend. Fünf große Wirbel gibt es in den Ozeanen
- 11 die alle riesige Mengen an Plastikmüll mit sich führen. Ob es noch mehr gibt, ist nicht bekannt.
- 12 Der größte ist der „Great Pacific Garbage Patch“ im Nordpazifik. Er nimmt in etwa die Fläche
- 13 Mitteleuropas ein. Die Strömungswirbel treiben wie gigantische Whirlpools die Plastikteile
- 14 zusammen und lassen sie nicht mehr aus dem Strudel heraus.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 12

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPE-Fraktion im Europäischen Parlament,  
SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag,

Betr.: Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann  
sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Wir fordern:
- 3 • Keinen Cent und keine Bewerbung eines Tierwohllabels
  - 4 • Die Umstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit
  - 5 • Die Steuerprivilegierung von Fleisch endlich abzuschaffen
- 6  
7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels wurde vom Landwirtschaftsminister Christian  
11 Schmidt verstoßen. Es begann damit, dass der Minister auf der Grünen Woche 2017 statt eines  
12 irgendwie ausformulierten Konzeptes lediglich das Logo für das neue Label vorstellte. Wir  
13 Sozialdemokrat\*innen haben diese merkwürdige Präsentation zurecht kritisiert. Unsere Kritik  
14 am Tierwohllabel sollte aber wesentlich grundsätzlicher sein. Nicht nur setzt dieses auf der  
15 fragwürdigen privatwirtschaftlichen „Initiative Tierwohl“ auf, auch hat sich selbst der eher  
16 konservative Tierschutzbund von dem Label distanziert. Wir Sozialdemokrat\*innen müssen nun  
17 aufpassen. So problematisierte etwa die Verbraucher\*innenschutzorganisation Foodwatch: „Der  
18 Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das freiwillige  
19 Tierwohl-Label einen Marktanteil von vielleicht 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die  
20 Bundesregierung duldet für 80 Prozent der Nutztiere weiterhin vermeidbare Krankheiten,  
21 Schmerzen und Leiden! Ein freiwilliges Label ist der grundfalsche Ansatz, weil es für Millionen  
22 von Tieren keinerlei Verbesserungen bringen wird und uns weiter weg bringt von der dringend  
23 gebotenen Lösung für 100 Prozent der Nutztiere.“ Hüten müssen wir uns auch vor sogenannten  
24 Rebound-Effekten. Wenn viele Konsument\*innen glauben die minimalen Verbesserungen  
25 machen den Tierkonsum unproblematischer und öfter zu Tierprodukten greifen kann sich  
26 Gesamtleidenssumme unterm Strich sogar vergrößern. Ein viel plausiblerer Tierschutz- und  
27 auch Klimaschutzansatz wäre hingegen auf eine verringerte Tierproduktion und einen  
28 verringerten Tierkonsum zu setzen. Dafür müssten die Gemeinsame Agrarpolitik der  
29 Europäischen Union entsprechend umgestellt werden. Außerdem müsste der ermäßigte  
30 Mehrwertsteuersatz des nicht meritokratischen Gutes Fleisch fallen. Durch eine sozialpolitische  
31 Flankierung könnte dies für viele Menschen kostenneutral geschehen. Die Abschaffung dieses  
32 Steuerprivilegs würde dafür sorgen, dass der Fleischkonsum um ca. 5% sinkt, umgerechnet in  
33 Schweineäquivalenten wären das ca. drei Millionen Tiere.
- 34  
35

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: EnU 13

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Keine (Wild)tiere im Zirkus!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Wir fordern:
- 2 Ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland
- 3 Solange dies noch nicht erreicht ist sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von
- 4 Wildtierzirkussen zulassen.
- 5
- 6
- 7 Begründung:
- 8
- 9 Der Cirkus Krone ist nun 111 Jahre und feiert sein Jubiläum. Stolz ist dieser Zirkus vor allem
- 10 auf die fragwürdigen Darbietungen mit Wildtieren, bei denen zum Beispiel ein Elefant einen
- 11 Kopfstand macht. Doch Tradition rechtfertigt keine Tierquälerei.
- 12
- 13 Der Bundesrat hat im März 2016 bereits zum dritten Mal bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere
- 14 Elefanten, Großbären, Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus nicht
- 15 tierschutzgerecht gehalten werden können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert
- 16 dargelegt, dass Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch
- 17 die extrem beengte Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Gehegen, zum
- 18 anderen durch die fehlenden Rückzugs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von
- 19 den genannten Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen oder Tigern) ein hohes
- 20 Gefahrenpotenzial aus. Immer wieder brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsätze,
- 21 im schlimmsten Fall werden sie zur Gefahr für die Bevölkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der
- 22 Stadt Buchen (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu Tode gedrückt hat.
- 23
- 24 21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus
- 25 Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt.
- 26 Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in
- 27 Zirkussen ab, wie eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von
- 28 „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab.
- 29 Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B. Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig,
- 30 Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder Ulm haben bereits vollständige oder
- 31 teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse beschlossen und vermieten öffentliche Plätze
- 32 nicht länger an Wildtierzirkusse.
- 33
- 34 Mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigen die Rechtmäßigkeit kommunaler Wildtierverbote
- 35 sowie deren Verhältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit von Zirkussen. Denn
- 36 jede Kommune hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein weiter
- 37 Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K
- 38 13.2449, VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVGH 19.10.16. Az. 8 B 2611/16)

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: St 1  
Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz  
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
Betr.: Reform der Umsatzsteuer

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiativen zur Reform des Umsatzsteuerrechts
- 3 zu ergreifen mit dem Ziel, die Steuersätze für Lebensmittel zu vereinheitlichen und dort, wo
- 4 sozial oder ökologisch angezeigt, zu differenzieren.
- 5
- 6
- 7 Begründung:
- 8
- 9 Es ist nicht nachzuvollziehen, dass es bei der Besteuerung von Lebensmitteln unterschiedliche
- 10 Steuersätze (7 u. 19 %) gibt. Geradezu grotesk ist es, dass z.B. Babynahrung oder ein Steak in
- 11 einem Restaurant mit 19 % besteuert werden, während bei Hundefutter oder einem
- 12 Schnitzelbrötchen der Steuersatz nur 7 % beträgt.
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: St 2  
Antragsteller: AG 60plus-Bezirkskonferenz  
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion  
Betr.: Reform der Kapitalertragssteuer

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiativen zur Reform des
- 3 Kapitalertragssteuerrechts zu ergreifen mit dem Ziel der Abschaffung der pauschalen
- 4 Kapitalertragssteuer von 25 % und stattdessen der Besteuerung aller Kapitalerträge mit dem
- 5 individuellen Einkommensteuersatz.
- 6
- 7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 Die heutige Praxis, dass selbst hohe Kapitalerträge nur mit einem pauschalen Steuersatz von
- 11 25 % besteuert werden, ist ungerecht. Es wird gefordert, künftig die Kapitalerträge genauso zu
- 12 besteuern wie Arbeitseinkommen.
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**1. September 2018**  
**Baunatal**

Antrag: O 01

Antragsteller: SPD Unterbezirksparteitag Fulda

Adressat: SPD-Landesparteitag

Betr.: Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD Vorstand auf Landesebene gewährleisten; Änderung des § 6 der Satzung des SPD Landesverbands Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Den § 6 (1) der Satzung des SPD Landesverbands Hessen um den folgenden Absatz zu
- 3 erweitern:
- 4 Unter den Mitgliedern des gesamten gewählten Vorstandes müssen mindestens zu 40 %
- 5 Mitglieder vertreten sein, die keine sog. Berufspolitiker sind. Unter Berufspolitikern sind alle
- 6 Personen zu fassen, die im Rahmen ihres Europa-, Bundes- und
- 7 Landtagsabgeordnetenmandats, als Ministerin/Minister oder Staatsministerin/Minister oder
- 8 vergleichbare in diesem Bereichen tätige Personen, die ihr Haupteinkommen aus dieser
- 9 Tätigkeit/Funktion erzielen.
- 10
- 11
- 12 Begründung:
- 13
- 14 Ziel des Vorschlages ist es, dass sich die sehr breite Ebene der SPD-Mitglieder auch im SPD-
- 15 Landesvorstand wieder findet. Aktuell werden überproportional viele Positionen im SPD-
- 16 Landesvorstand durch sog. Berufspolitikerinnen / Berufspolitiker besetzt. Die breite
- 17 Mitgliederebene ist daher im Landesvorstand unterrepräsentiert. Mit der Änderung erfolgt eine
- 18 Aufwertung der parteipolitischen Ebenen der Ortsvereine und ggf. Unterbezirke.
- 19 In Meinungsbildungsprozesse und den daraus resultierenden Entscheidungen kann dies nur
- 20 förderlich sein, wenn die Sicht und Interessen der Parteibasis auch bei
- 21 Landesvorstandsbeschlüssen stärker berücksichtigt werden.
- 22
- 23
- 24
- 25

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: O 2

Antragsteller: SPD Unterbezirksparteitag Fulda

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Präsenz der Mitgliederstruktur im SPD Parteivorstand auf  
Bundesebene gewährleisten;  
Änderung des § 23 des Organisationsstatuts

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Den § 23 (1) des Organisationsstatuts um den Buchstaben g) mit folgendem Inhalt zu erweitern:
- 3 Unter den Mitgliedern des gesamten gewählten Parteivorstandes müssen mindestens zu
- 4 40 % Mitglieder vertreten sein, die keine sog. Berufspolitiker sind. Unter Berufspolitikern
- 5 sind alle Personen zu fassen, die im Rahmen ihres Europa-, Bundes- und
- 6 Landtagsabgeordnetenmandats, als Ministerin/Minister oder Staatsministerin/Minister
- 7 oder vergleichbare in diesem Bereichen tätige Personen, die ihr Haupteinkommen aus
- 8 dieser Tätigkeit/Funktion erzielen.
- 9
- 10
- 11 Begründung:
- 12
- 13 Ziel des Vorschlages ist es, dass sich die sehr breite SPD-Mitglieder Basis (stellt nahezu ein
- 14 repräsentatives Abbild der Gesellschaft in Deutschland dar) auch im SPD-Parteivorstand wieder
- 15 findet. Aktuell werden nahezu alle Positionen im SPD-Parteivorstand nur durch sog.
- 16 Berufspolitikerinnen / Berufspolitiker besetzt. Die breite Mitgliederebene hat keine direkte
- 17 Stimme im Parteivorstand. Diese fehlende Stimme war sicherlich auch eine Ursache für die
- 18 zuletzt schlechten Wahlergebnisse; die Sicht der sog. einfachen Mitglieder war bei vielen
- 19 Entscheidungen zumindest nicht nach zu vollziehen.
- 20 In Meinungsbildungsprozesse und den daraus resultierenden Entscheidungen kann es nur gut
- 21 und richtig sein, wenn die Sicht und Interessen der Parteibasis auch bei Vorstandsbeschlüssen
- 22 (aus erster Hand) berücksichtigt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Prozesses
- 23 #SPDerneuern ist dieser Antrag zu bewerten.
- 24
- 25
- 26
- 27

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: O 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Parteivorstand

Betr.: Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der Parteivorstand wird gebeten ein Forum Ernährung und Landwirtschaft in den
- 3 Parteistrukturen zu etablieren. Dieses soll einen kritischen Diskurs zu Ernährung und
- 4 Landwirtschaft ermöglichen und den Fragen einer zukunftsfähigen, d.h. nachhaltigen und
- 5 gerechten, Ernährung und Landwirtschaft nachgehen. Das neue Forum „Ernährung und
- 6 Landwirtschaft“ soll das bestehende Forum Verbraucherpolitik inhaltlich ergänzen.
- 7
- 8
- 9 Begründung:
- 10
- 11 Die Landwirtschaft hat sich massiv gewandelt (u.a. Höfe sterben, „Wachsen oder Weichen“,
- 12 Massentierhaltung, Bio) und ihr stehen weitere, sich noch vertiefende Veränderungen bevor
- 13 (z.B. Digitalisierung). Abseits des Austausches einiger unserer Fachpolitiker im „Netzwerk
- 14 ‚Agrar- und Ernährungswirtschaft‘“ bedarf es einer Vernetzungsplattform für an den Themen
- 15 interessierten SPD-Mitgliedern innerhalb der Parteistrukturen.
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: O 5

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Das Lied "Wir schreiten Seit an Seit" von Hermann Claudius wird bei keiner unserer
- 3 Veranstaltungen mehr gesungen. Es wird nach einer Alternative gesucht.
- 4
- 5
- 6 Begründung:
- 7
- 8 Hermann Claudius war unter anderem als freier Schriftsteller tätig und erlangte hierüber
- 9 Bekanntschaft. Seine frühen Werke sind der Arbeiter\*innendichtung zuzurechnen.
- 10 Während des Ersten Weltkriegs schrieb er kriegsbegeisterte, nationalistische Gedichte. In der
- 11 Weimarer Republik engagierte er sich zunächst in der Jugendarbeit der SPD und in den
- 12 sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, schrieb sozialdemokratische Lieder und Stücke.
- 13 Seine politische Haltung wandelte sich im weiteren Verlauf jedoch grundlegend zum
- 14 Nationalismus. Claudius veröffentlichte im völkischen Verlag Albert Langen-Georg Müller.
- 15 Er wurde Mitglied in der nationalsozialistisch ausgerichteten, von Börries Freiherr von
- 16 Münchhausen seit Beginn der 1930er Jahre betriebenen und gegen die Sektion für Dichtkunst
- 17 der Preußischen Akademie der Künste gegründeten Deutschen Dichterakademie.
- 18
- 19 Nach der Machtübernahme der Nationalsozialist\*innen und ihrer deutschnationalen
- 20 Bündnispartner\* innen wurden die liberalen, linken und jüdischen Mitglieder der Sektion
- 21 Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste, wie z.B. Heinrich und Thomas Mann,
- 22 Käthe Kollwitz, Leonhard Frank oder Ricarda Huch, zum Austritt gezwungen. Zu den
- 23 Neumitgliedern, die an ihre Stelle traten, gehörte unter anderem Hermann Claudius.
- 24
- 25 Er war einer der 88 deutschen Schriftsteller\*innen, die 1933 das Gelöbnis treuester
- 26 Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten. Hermann Claudius war Vorstandsmitglied des
- 27 1936 gegründeten Eutiner Dichterkreises, einer der bekanntesten Autorengruppen im
- 28 nationalsozialistischen Deutschland. Er nahm 1934 außerdem an den "Lippoldsberger
- 29 Dichtertagen" konservativer, völkischer und nationalsozialistischer Autor\*innen Teil. Seine
- 30 Veröffentlichungen im Nationalsozialismus bewegten sich zwischen pathetischer Frömmigkeit
- 31 und klarer literarischer Unterstützung des NS-Regimes, so zum Beispiel in einem Gebet für
- 32 Adolf Hitler, welches 1940 unter dem Titel Deutschland: „Herrgott steh dem Führer bei,/Daß
- 33 sein Werk das deine sei“ erschien. Seine Texte erschienen aufgrund ihres propagandistischen
- 34 Werts in der Krakauer Zeitung, dem führenden NS-Organ, hier war Claudius mit mehr als 50
- 35 Texten vertreten.
- 36
- 37 Nach dem Ende des Nationalsozialismus beteiligte sich Claudius erneut an den von Hans
- 38 Grimm 1949 wiederbegründeten Lippoldsberger Schriftsteller\*innentreffen. Mit dabei waren vor

39 allem NS-belastete Autor\*innen wie Wilhelm Pleyer oder Will Vesper, „die den  
40 Nationalsozialismus im Rückblick rechtfertigen“ wollten.

41  
42 Hermann Claudius wird von der seriösen Literaturkritik und Literaturwissenschaft, außer im  
43 Kontext von „Literatur im Nationalsozialismus“, nicht weiter rezipiert. Alte und neue Texte  
44 fanden kaum mehr Verleger, positiv gewürdigt wurde er nach 1945 jedoch weiterhin regelmäßig  
45 von rechtsradikalen Medien und Autor\*innen, im rechtsextremistischen Milieu findet er noch  
46 heute Beachtung.

47  
48  
49  
50  
51

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
1. September 2018  
Baunatal**

Antrag: O 6

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Beschlüsse ernstnehmen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Der Vorstand wird beauftragt, über die Umsetzung der Beschlüsse der Gliederung auf jeder
- 3 folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung/Parteitag schriftlich zu berichten. Dabei sind
- 4 auch an andere Gremien verwiesene Beschlüsse zu berücksichtigen. Die Beschlüsse sowie die
- 5 Berichte sollen auf der Internetseite veröffentlicht werden.
- 6
- 7 Die Mitglieder des Vorstands sollen sich zudem zu Beginn ihrer Amtszeit inhaltliche
- 8 Arbeitsbereiche zuteilen und sich neben eigenen Anträgen um alle auf dem
- 9 Unterbezirksparteitag/der Mitgliedervollversammlung sowie auf dem Unterbezirksausschuss
- 10 beschlossenen und von den Ortsvereinen an den Unterbezirksvorstand gestellte Anträge
- 11 kümmern und das weitere Verfahren schnellstmöglich mit dem Antragssteller zu
- 12 kommunizieren.
- 13
- 14
- 15